

Angriff auf Österreichs Neutralität: Industriellenvereinigung, ORF und Puls24 machen Stimmung für NATO-Beitritt Österreichs

Ex-NATO-Generalsekretär Rasmussen, nunmehr Berater der ukrainischen Regierung, fordert von Österreich die Aufgabe seiner Neutralität wie Schweden und Finnland. Wo bleibt der Protest von Regierung, Bundespräsident und Parteien?

Der in der "ZIB 2" und in "Puls24" am 15.4.2024 interviewte und auch zur Neutralität Österreichs befragte Ex-NATO-Generalsekretär Rasmussen war für die NATO-Osterweiterung in den 2010er Jahren verantwortlich und ist aktuell Berater für die Ukrainische Regierung.

Rasmussen als "Experten" für die Erlangung von Frieden in der Ukraine bzw. zur Neutralität Österreichs zu befragen und auftreten zu lassen, bedeutet soviel wie den Hund auf die Knackwurst aufpassen zu lassen.

Interessant und bezeichnend: Der Ex-NATO-Chef und Berater der ukrainischen Regierung weilte auf Einladung der Industriellenvereinigung in Wien. Wozu lädt die Industriellenvereinigung einen Ex-NATO-Chef ein?
(https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240416_OTS0007/impulse-vom-schwarzenbergplatz-auftakt-mit-anders-fogh-rasmussen)

Rasmussen behauptete in den Interviews, dass nur ein sofortiger NATO-Beitritt der Ukraine Frieden bringen könne und dass die Neutralität Österreichs zwar im Kalten Krieg seine Berechtigung gehabt hätte, aber in Zeiten von heißen Kriegen nicht mehr gelten sollte und meinte, Österreich solle es wie Finnland und Schweden machen, die der NATO beigetreten sind. (<https://tvthek.orf.at/profile/Langfassung/13893271/Langfassung-Ex-NATO-Chef-Rasmussen-im-Interview-Englisch/14222551?meta=suggestion&query=rasmussen&pos=1> * https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240415_OTS0142/ex-nato-generalsekretaer-rasmussen-bei-heiss-umfehdet-auf-puls-24-sollten-in-europa-auf-kriegswirtschaft-umstellen)

Doch: Gerade in heißen Kriegen ist Neutralität wichtiger denn je. Eine weitere Aushöhlung oder gar eine Aufgabe der Neutralität und ein NATO-Beitritt bedeutet indirekte oder gar direkte Kriegsteilnahme Österreichs.

Wer das nicht will - wie 80 % bis 90 % der österreichischen Bevölkerung - ist aufgerufen, dies auch öffentlich kundzutun. Nächste Möglichkeit: 1. Mai 2024! Stand und Kundgebung. ab 9.00 Uhr, 1010 Wien, rechts vom Burgtheater, Ecke Universitätsring / Josef Meinrad Platz.